

Liestal, 26. Mai 2015

Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote
Ergolzstrasse 3
4414 Füllinsdorf

Vernehmlassung zur Revision der Vereinbarung über die Beitragsleistung an Fahrten von mobilitätseingeschränkten Personen

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum Entwurf der im Betreff erwähnten Vereinbarungsrevision Stellung zu nehmen, wofür wir Ihnen bestens danken.

Aufgrund des kantonalen Entlastungspakets 12/15 waren die Staatsverträge zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu verhandeln. Resultat einer dieser Neuverhandlungen ist die vorliegende Vereinbarungsrevision.

Auf der Basis der bestehenden Vereinbarung zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft bieten die beiden Kantone koordiniert einen subventionierten Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Personen an. Damit soll diesen Personen, die die öffentlichen Verkehrsmittel nicht selbständig benützen können, eine gewisse individuelle Bewegungsfreiheit für ihren Freizeitbereich ermöglicht werden. Dies stützt sich ab auf das Regierungsprogramm 2012-2015, wonach geeignete Massnahmen und Projekte gewährleisten sollen, dass Menschen mit Behinderung verstärkt Teil am gesellschaftlichen Leben haben und ihr Leben vermehrt selbstbestimmt gestalten können.

Wesentlichster Teil der Vereinbarungsrevision besteht nun darin, dass die beiden Kantone zusammen nicht mehr maximal 2,6 Mio. Franken an die gemeinsame Koordinationsstelle leisten, die im Einzelfall die Beitragsausrichtung vornimmt, sondern jeder Kanton neu die Höhe seiner finanziellen Beteiligung nach Bedarf und nach seinen finanziellen Möglichkeiten separat festlegt. Für den Kanton Basel-Landschaft soll diese Beteiligung mittels eines landrätlichen Verpflichtungskredits festgelegt werden. Die Landratsvorlage führt dazu aus, dass dem Landrat für die Jahre 2016-2018 ein Verpflichtungskredit von nicht ganz 4,85 Mio. Franken beantragt wird, was pro Jahr gut 1,6 Mio. Franken ergibt.

Im Jahr 2013 hat die Koordinationsstelle knapp 2,5 Mio. Franken an Beiträgen an Einwohnerinnen und Einwohner beider Kantone ausgerichtet. Aufgrund des benutzerbasierten Verteilschlüssels entfielen davon 52,5% auf den Kanton Basel-Landschaft, was knapp 1,3 Mio. Franken ausmachte. Zudem wird für 2015 prognostiziert, dass der BL-Anteil auf 45% sinken wird, was umgerechnet auf die 2,6 Mio. Franken gemäss geltender Vereinbarung knapp 1,2 Mio. Franken ausmacht.

Im Vergleich mit dem in Aussicht gestellten Verpflichtungskredit muss man nun verblüfft feststellen, dass im Gegensatz zu den heutigen 1,2 Mio. Franken zukünftig 1,6 Mio. Franken ausgerichtet werden sollen – und dies als Massnahme des Entlastungspakets!

Dies bringt die FDP dazu, sich nicht nur kritisch mit der Revision der Vereinbarung auseinanderzusetzen, sondern auch die Vereinbarung als solche zu hinterfragen.

Sicher ist die Abkehr von der bestehenden Regelung mit den fixen 2,6 Mio. Franken richtig. Doch mit der vorgeschlagenen, kantonal eigenständig festgelegten Subventionierung in materieller Hinsicht (Beitragshöhen) wie auch in formeller Hinsicht (Anspruchsvoraussetzungen) fragt man sich, was denn noch die partnerschaftliche Substanz dieses Staatsvertrags ist. Inwiefern ist die verbleibende gemeinsame Koordinationsstelle noch zwingend? Wo sind noch partnerschaftsbegründete Synergien auszumachen?

Die FDP spricht sich gegen die Weiterführung der Vereinbarung aus, sei sie nun unverändert oder revidiert. Die bestehende Vereinbarung ist finanzpolitisch nicht mehr tragbar, und die revidierte Vereinbarung ist partnerschaftspolitisch unbegründet und leistet der Bürokratie Vorschub.

Die FDP fordert, dass eine kantonal eigenständige Regelung über die Fahrten von mobilitätseingeschränkten Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern geschaffen wird. Die Regelungen sollen die Betroffenen materiell gleichstellen wie bisher, sie sollen einfach sein und mit kleinem Verwaltungsaufwand vollzogen werden können, und sie sollen den bisherigen Staatsvertrag ersetzen. Dieser soll gekündigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
FDP.Die Liberalen Baselland

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Frey'.

Christine Frey
Parteipräsidentin

Ersteller: Kommission für Bildung, Kultur & Sport, Daniel Schwörer